

A n t r a g

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

Stationäre Versorgung in Thüringen sichern – Transformation unterstützen

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die wirtschaftliche und personelle Situation in den Kliniken in Thüringen angespannt ist;
 2. für die angespannte Situation in den Kliniken die geringe Auslastung von 67,5 Prozent (im Jahr 2023) im Zusammenhang mit Fallpauschalen, die nur bei höheren Auslastungen kostendeckend sind, ursächlich ist;
 3. das Personalkarussell zwischen den Kliniken einerseits die Personalausgaben in die Höhe treibt, andererseits aber besonders die Kliniken im ländlichen Raum bedroht;
 4. die Kliniken im ländlichen Raum stärker von den demographischen Wandlungsprozessen betroffen sind, die wiederum Wandlungsdruck für die Kliniken erzeugen;
 5. sektorenübergreifende Versorger eine Lösung sein können, um flächendeckend eine gute verlässliche Basisversorgung, auch über teilstationäre Versorgung sicherzustellen;
 6. die neue Krankenhausplanung dem Transformationsbedürfnis in der medizinischen Versorgungslandschaft gerecht werden muss;
 7. Thüringen für auskömmliche Investitionskosten der Krankenhäuser und insbesondere für die Transformationserfordernisse der medizinischen Versorger im Freistaat sorgen muss.

- II. Der Landtag bittet die Landesregierung, den mit dem Regierungsvertrag und dem 100-Tage-Programm der Landesregierung eingeschlagenen Weg zur Sicherung einer zukunftsfähigen medizinischen Versorgung fortzusetzen und dazu insbesondere
 1. die Landeskrankenhausplanung zielgerichtet, verbindlich und zügig den Anforderungen der Zukunft anzupassen und dabei auch mit einer Personalstrategie zu hinterlegen, die den weiteren Ausbau der Medizinstudienplätze in Thüringen mit Schwerpunkt auf Allgemeinmedizin, die Förderung von Ausbildungsprogrammen in den Gesundheits- und Pflegeberufen und ein Anreizsystem für Ärzte, sich in strukturschwachen Gebieten niederzulassen, enthält;
 2. die Krankenhauslandschaft im Rahmen der Krankenhausplanung im Sinne abgestufter Versorgungsangebote, überregionaler Schwerpunkte und einer effektiven regionalen Vernetzung weiterzuentwickeln;
 3. Kooperationsanreize zwischen den Kliniken zu nutzen und zu schaffen;

4. im Sinne der Behandlungsqualität auf eine stärkere Bündelung planbarer Leistungen an Standorten hinzuarbeiten, an denen der Erfolg der Eingriffe am höchsten und die Komplikationsraten am niedrigsten sind, und gleichzeitig die wohnortnahe stationäre oder teilstationäre Grund- und Notfallversorgung zu stärken;
5. einen Masterplan für die Stärkung sektorenübergreifender und ambulanter Versorgungseinrichtungen vorzulegen, welche die fachärztliche und teilstationäre Versorgung insbesondere dort sichern sollen, wo Krankenhausstandorte den stationären Betrieb aufgrund mangelnder Auslastung und fehlenden Personals nicht mehr aufrechterhalten können („Poliklinik 2.0“);
6. das Universitätsklinikum Jena in seiner Netzwerkrolle zu stärken;
7. insbesondere auch die Rettungsdienstplanung darauf abzustimmen und den „Masterplan Rettungsdienst“ aufzustellen;
8. für die Umsetzung der Maßnahmen, Transformationsmittel in Höhe von bis zu 100 Millionen Euro in dieser Wahlperiode aufzuwenden, die mittels eines transparenten Kriterienkatalogs Kooperationen im Sinne der beschriebenen, zukunftsfähigen Versorgung, insbesondere in strukturell benachteiligten Regionen, ermöglichen und insbesondere auch die Möglichkeit enthalten, Mittel für die Transformation der ambulanten Versorgung freizugeben.

Begründung:

Aufgrund gestiegener Kosten infolge der Energiekrise und Inflation und eines niedrigeren Fallaufkommens sind die Kliniken in Thüringen in eine wirtschaftliche Schieflage geraten. Insbesondere Krankenhäuser im ländlichen Raum stehen vor enormen Herausforderungen. Hier ist der Transformationsdruck am höchsten, der in allen Krankenhäusern in Thüringen spürbar ist. Die Antwort darauf ist eine gut strukturierte Krankenhausplanung sowie die Bereitstellung von finanziellen Mitteln in einem Transformationsfonds, der die Absicherung der flächendeckenden medizinischen Versorgung in Thüringen unterstützt.

Für die Fraktion
der CDU:

Für die Fraktion
des BSW:

Für die Fraktion
der SPD:

Jary

Dr. Wogawa

Merz